

Der Lehrerverband will Schulreisen streichen

Neue Luzerner Zeitung, 10.6.2016

BILDUNG Jetzt droht der Lehrerverband mit Leistungskürzungen, sollte der Kantonsrat die Sparmassnahmen im Bildungsbereich umsetzen.

kuy. «Wir können nicht zum Nulltarif immer mehr leisten», sagt Annamarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands (LLV). Darum hat der Verband nun Massnahmen getroffen: Sollte der Kantonsrat im November und Dezember die Sparmassnahmen im Bildungsbereich gutheissen, werden die Lehrer künftig «Leistungskürzungen» etwa bei Schullagern, Schulreisen und Projektwochen vornehmen. Auch die Zusammenarbeit mit den Eltern wird reduziert. Bürkli: «Um die Qualität des Unterrichts trotz der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung beizubehalten, müssen wir anderswo



«Wir können nicht zum Nulltarif immer mehr leisten.»

ANNAMARIE BÜRKLI,
LEHRERINNEN- UND
LEHRERVERBAND

Kürzungen vornehmen.» Wird das Sparpaket angenommen, müssen die Luzerner Lehrer pro Woche eine Lektion mehr arbeiten. Jährlich kommen sie dann auf rund 65 zusätzliche Stunden. Mit den angedrohten Massnahmen will der Verband die Sparmassnahmen kippen.

Bürkli: «Eine sachliche Darlegung»

Bürkli dementiert, dass es sich bei den Massnahmen um Drohungen handle. «Es ist eine sachliche Darlegung unserer Standpunkte.»

Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP), der über die in Aussicht gestellten Leistungskürzungen im Bild ist, sagt dazu: «Die geplante Erhöhung der Arbeitszeit würde alle kantonalen Mitarbeitenden betreffen.» Er erwarte, dass die Lehrpersonen auch künftig ihren Berufsauftrag erfüllen würden. Unklar ist, ob die angedrohten Leistungskürzungen für die Lehrer Konsequenzen haben könnten. Ebenfalls offen ist, wie der Kantonsrat die geplante Arbeitszeiterhöhung beurteilen wird. Kommentar 5. Spalte

KOMMENTAR

Kinder sind Leidtragende

Die Luzerner Lehrer sollen ab 2017 eine Lektion mehr unterrichten. Konkret: Sie müssen pro Jahr ungefähr 65 Stunden länger arbeiten. So sieht es das Sparpaket der Luzerner Regierung vor. Diese Massnahme löst bei den Angestellten der Schule Unverständnis aus. Jetzt droht der Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband bei der Umsetzung der Sparmassnahmen im Bildungsbereich mit einem Leistungsabbau.

Schulreisen, Lager und weitere ausserschulische Projekte sollen also gestrichen werden. Die Gemeinden dürfte es – je nach ihrer finanziellen Situation – unterschiedlich hart treffen. Damit werden Ungerechtigkeiten zwischen den Schülern im Kanton Luzern provoziert.

Selbst wenn die Massnahmen des Lehrerverbands hart erscheinen, kann man seine Haltung nachvollziehen, zumal die Lehrer in den vergangenen Jahren immer wieder Sparmassnahmen schlucken mussten. Der Verband macht damit das, was er tun muss: seine Mitglieder ernst nehmen.

Letztlich haben diese Massnahmen aber nicht nur Auswirkungen auf die Arbeit der Pädagogen, sondern auch auf das Schulleben der Kinder. Denn sie sind es, die nicht mehr von Schulreisen und Lagern profitieren können.

Der Kantonsrat wird im November und Dezember über das Sparpaket befinden. Wenn den Parlamentariern die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen am Herzen liegt – wie sie immer wieder betonen –, dann tun sie gut daran, die Sparmassnahmen in der Bildung zumindest abzuschwächen.

Lehrer drohen mit Leistungsabbau

Neue Luzerner Zeitung, 10.6.2016

BILDUNG Der Lehrerverband will Klassenlager und Schulreisen abschaffen. Damit reagiert er auf vom Kanton geplante Arbeitszeiterhöhungen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

YASMIN KUNZ
yasmin.kunz@luzernerzeitung.ch

Gestrichene Schulreisen, Klassenlager und Projektwochen und auch weniger Zusammenarbeit mit den Eltern – damit droht jetzt der Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband (LLV) der Regierung. Grund: Der Kanton will sämtliche Lehrer zu einer zusätzlichen Lektion pro Woche verpflichten, um so sein Loch in der Kasse zu stopfen.

Rund 65 Stunden mehr Arbeit

Der Lehrerverband hält in einer gestern veröffentlichten Mitteilung fest, dass er sich durch das Konsolidierungsprogramm 2017 gezwungen sieht, die Leistungen als Arbeitnehmer ab August 2017 anzupassen. Konkret diskutieren

der LLV und der kantonale Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Leistungskürzungen im Umfang von rund 65 Stunden – dies entspricht der jährlichen Erhöhung um eine Wochenlektion.

Annamarie Bürkli, Präsidentin des LLV, sagt: «Diese Massnahmen sind keine Drohung, sondern eine sachliche Darlegung unserer Standpunkte. Wir können nicht zum Nulltarif immer mehr leisten.» Dass diese Sparmassnahmen im Bildungsbereich auf Widerstand stossen, liegt auf der Hand. Bürkli: «Um die Qualität des Unterrichts trotz zusätzlichen Stunden beizubehalten, müssen wir anderswo Kürzungen vornehmen.»

Sehen sich die Lehrer gezwungen, die Erhöhung der Unterrichtspflicht zu kompensieren, trifft dies vor allem die

Schüler, wie Bürkli einräumt. Aber nicht nur: «Auch Eltern und Lehrer werden die Leistungskürzungen spüren.» Allerdings nicht überall in gleichem Ausmass. Denn finanziell gut gestellte Gemeinden werden Projektbeiträge sprechen können, um weiterhin spezielle Schulanlässe zu ermöglichen. Anderen Gemeinden wird dieses Geld fehlen. Gemäss dem LLV nehme man damit in Kauf, die jetzt funktionierende Harmonisierung unter den Gemeinden in den Volks- und Musikschulen um Jahrzehnte zurückzuwerfen.

Gespräche nicht gefruchtet

Es ist nicht das erste Mal, dass der Lehrerverband auf die Hinterbeine steht. Schon im März hat er dem Frust der Lehrerinnen und Lehrer über das Sparpaket eine Stimme gegeben. Damals sagte Bürkli gegenüber unserer Zeitung, man werde vorerst auf Gespräche setzen. Offenbar hat das bis jetzt nicht gefruchtet. Bürkli: «Unser Anliegen ist bei gewissen Parteien noch nicht auf offene Ohren gestossen. Aus diesem Grund erarbeiten wir das Massnahmenpaket.»



«Die geplante Erhöhung der Arbeitszeit würde alle kantonalen Mitarbeiter treffen.»

RETO WYSS,
BILDUNGSDIREKTOR

Reto Wyss (CVP), Bildungsdirektor des Kantons, nimmt zu konkreten, ihm vorgelegten Fragen keine Stellung, sondern gibt summarisch Antwort: «Die geplante Erhöhung der Arbeitszeit würde alle kantonalen Mitarbeitenden betreffen. Daher sind davon auch die Lehrpersonen betroffen. Wir erwarten, dass die

Lehrpersonen auch zukünftig ihren Berufsauftrag erfüllen werden. Damit ist auch der obligatorische Unterricht sichergestellt.» Der Lehrerverband lässt wenig Zweifel daran, dass er den beschriebenen Weg beschreiten wird. Ob dies für die Pädagogen Konsequenzen haben wird, ist offen.

«Alle Hebel in Bewegung setzen»

Offen ist ebenfalls, ob der Kantonsrat die geplante Arbeitszeiterhöhung überhaupt beschliessen wird.

Die kantonsrätliche Kommission für Erziehung, Bildung und Kultur hat sich nämlich bereits gegen die flächendeckende Erhöhung der Lektionenzahl ausgesprochen – sie verlangt ein differenziertes Vorgehen. Auch knapp die Hälfte der Planungs- und Finanzkommission sieht dies so.

Bürkli hofft mit dem Schreiben – welches auch alle Kantonsräte erhalten haben –, diese dazu zu bewegen, die Sparmassnahmen zu kippen. Sie sagt: «Wir müssen vorgängig alle Hebel in Bewegung setzen und nicht erst nach dem Beschluss.»